

können aber wichtige Anreize für den weiteren Zubau von Photovoltaik-Dachanlagen setzen und bieten auch für Mieter ohne eigene Immobilie eine Möglichkeit, an der Energiewende zu partizipieren. Im Rahmen eines geplanten Solarpaketes werden neben den bestehenden Mieterstromregelungen auch weitere Beteiligungsmodelle geprüft mit dem Ziel, dass PV-Strom von Wohnungs- oder Gebäudeeigentümern und Mietern ohne großen Bürokratieaufwand vermarktet oder verwendet werden kann.

15. Abgeordneter
Tilman Kuban
(CDU/CSU)
- Wie beabsichtigt die Bundesregierung, die Verfahren im Bereich der Rüstungsausfuhrkontrolle zu beschleunigen, und gibt es Verfahren, die aktuell zur Entscheidung auf der Ebene des Bundesministers, der Staatssekretäre oder Abteilungsleiter im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz behandelt werden?

**Antwort des Staatssekretärs Sven Giegold
vom 20. Februar 2023**

Der Bundesregierung ist die zügige Bearbeitung von Anträgen im Bereich der Rüstungsexportkontrolle ein wichtiges Anliegen. Der Bundesregierung ist hierbei insbesondere bewusst, dass lange Bearbeitungszeiten einen erheblichen Wettbewerbsnachteil für die betroffenen Unternehmen darstellen können.

Ausfuhranträge werden innerhalb der Bundesregierung fortlaufend geprüft und bewertet. Die Bundesregierung berichtet regelmäßig in transparenter Weise über abgeschlossene Genehmigungsverfahren.

Auch Maßnahmen zur Beschleunigung der Prozesse werden zwischen dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) und dem Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) laufend geprüft und umgesetzt. Dies schließt sowohl personelle als auch organisatorische Maßnahmen ein.

Im Übrigen wird auf die Antworten zu den Fragen 2, 3 und 4 der Kleinen Anfrage der Fraktion der CDU/CSU auf Bundestagsdrucksache 20/5321 verwiesen.

16. Abgeordnete
Barbara Lenk
(AfD)
- Beabsichtigt die Bundesregierung das Postgesetz dahingehend zu ändern, dass wie in anderen europäischen Ländern eine Zwei-Klassen-Zustellung möglich wird, und falls ja, was beabsichtigt die Bundesregierung gegenüber dem aktuellen Postgesetz, nachdem 80 Prozent der Briefe, die an einem Tag abgeschickt werden, am nächsten Tag zugestellt sein müssen, zu verändern bzw. zu verbessern (Deutsche Post will Zwei-Klassen System: Verschiedene Porto für einen Brief, siehe Das Erste; mdr.de)?